

Amtsblatt

der

Königlichen Eisenbahndirektion zu Kattowitz.

№ 54.

Kattowitz, den 28. Oktober 1916.

1916.

Inhalt.

Allgemeine Verwaltungs-Angelegenheiten.

- Nr. 191. Ausbildung der Hilfsbeschaffnerinnen.
 Nr. 192. Warenumsatzstempel.
 Nr. 193. Nebengebühren des Lokomotiv- und Zugbegleitpersonals.
 Nr. 194. Einziehung von Kleiderschulden von ausgeschiedenen Hilfsunterbeamten.

Betriebs-Angelegenheiten.

- Nr. 195. Anforderung der Hilfszüge und Hilfsgerätewagen.
 Nr. 196. Bahnamtliche Untersuchung neuerer bedeckter Güterwagen.

Werksstätten-Angelegenheiten.

- Nr. 197. Verkehr mit verflüssigten oder verdichteten Gasen.

Allgemeine Verwaltungs-Angelegenheiten.

Nr. 191. Ausbildung der Hilfsbeschaffnerinnen.

Es ist die Wahrnehmung gemacht worden, daß die Ausbildung der im Zugbegleitungsdienste zur Einstellung gelangten weiblichen Hilfskräfte nicht mit der nötigen Sorgfalt vor sich geht, und daß von vielen dieser Bediensteten nicht der erforderliche Eifer bei ihrer Ausbildung gezeigt wird.

Wir nehmen deshalb Veranlassung, es den Bahnhofsvorständen zur Pflicht zu machen, ihr Augenmerk auf eine ordnungsmäßige Ausbildung dieser Bediensteten zu richten und ihre sachgemäße und gründliche Unterweisung sich angelegen sein zu lassen. Auch das männliche Zugpersonal (Zugführer und Schaffner), denen weibliche Hilfskräfte beigegeben sind, ist anzuweisen, sich der Ausbildung der Hilfskräfte pflichtgemäß anzunehmen und sie in jeder Weise wirksam zu unterstützen. Schließlich ist auch den Zugrevisoren zur Pflicht zu machen, bei ihren Revisionsfahrten ihre Aufmerksamkeit auf die Tätigkeit der Schaffnerinnen zu richten und ihre Ausbildung durch Anleitung und Belehrungen möglichst zu fördern.

Weibliche Bedienstete, welche den Anforderungen nicht in vollem Umfange entsprechen und namentlich Mangel an Fleiß und geringem Eifer für den Dienst an den Tag legen, sind ohne Rücksicht auf persönliche Verhältnisse mit dem Antrage auf Dienstentlassung unverzüglich zur Anzeige zu bringen.

An die beteiligten Bahnhofsvorstände und Zugbegleitbeamten. (4. A. 326. v. 23. 10. d. J.)

Nr. 192. Warenumsatzstempel.

Am 1. Oktober d. J. ist das Gesetz über einen Warenumsatzstempel vom 26. Juni 1916 (R. G. Bl. S. 639) in Kraft getreten. Der in dem Reichsstempelgesetz vom 3. Juli 1913 (§§ 76 bis 83 und Tariffstelle 10) vorgesehene Scheckstempel wird dadurch aufgehoben.

Das Gesetz unterscheidet den gewerblichen Umsatz und den nicht gewerblichen Umsatz über bewegliche Sachen.

a) Der gewerbliche Umsatz trifft die Eisenbahnverwaltung nur insoweit, als sie nach Artikel V des Gesetzes verpflichtet ist, bei Lieferungen aus Verträgen, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes abgeschlossen sind, aber nach diesem Zeitpunkt erst bezahlt werden, dem Lieferer einen Zuschlag zum Preise in Höhe der auf diese Zahlungen entfallenden Steuer (d. i. 1 vom Tausend) zu leisten. Der Preiszuschlag bildet keinen Grund zur Vertragsaufhebung.

b) Der nicht gewerbliche Umsatz erfaßt im Bereiche der Eisenbahnverwaltung alle Verkäufe über bewegliche Sachen von mehr als 100 M. Die Steuer beträgt 10 Pf für jede volle 100 M.; es ist also für Verkäufe im Betrage von 100,01 bis 199,99 M eine Abgabe von 10 Pf, für Verkäufe im Betrage von 200 bis 299,99 M eine Abgabe von 20 Pf usw. zu entrichten. Nach dem Gesetz besteht Quittungszwang, d. h. über jeden Verkaufserlös hat der Verkäufer dem Käufer Quittung zu erteilen und zwar binnen 2 Wochen. Die Steuer wird durch Verwendung von Stempelmarken auf den Quittungen entrichtet. Die Stempelmarken zu 10, 20, 50 Pf, 1, 2 und 10 M sind bei den Postanstalten zu kaufen.

Die Entwertung der Marken ist in der Weise vorzunehmen, daß Tag, Monat und Jahr der Verwendung auf der Marke an der dafür vorgesehenen Stelle mit Tinte niedergeschrieben wird. Ausstragungen, Durchstreichungen oder Überschreibungen sind unzulässig.

Quittungen über Teilzahlungen (Abschlagzahlungen) sind steuerfrei, weil die Steuer erst bei der Schlusszahlung fällig wird, dann aber den Gesamtbetrag (Abschlagzahlung und Schlusszahlung) treffen muß.

Zur Ausführung des Gesetzes bestimmen wir:

1. Die Steuer ist durch die Verkaufsbedingungen dem Käufer aufzuerlegen und von diesem mit der Kaufsumme einzuzahlen.
2. Der die Verkaufserlöse annehmende Kassenbeamte hat die Marken zu beschaffen und auf den Quittungen zu entwerten.
3. Jede einzelne Marke ist, wie vorstehend unter b) angegeben, zu entwerten.
4. Für die Richtigkeit der Stempelverwendung haftet der Kassenbeamte.
5. Von Verkäufen im Betrage von über 100 M für jeden Einzelfall hat die verkaufende Stelle der Kasse, die den Erlös vereinnahmen soll, Mitteilung zu machen, damit letztere sich rechtzeitig mit Stempelmarken versehen kann.
6. Der Warenumsatzstempel ist eine Reichssteuer und neben dem Landesstempel zu erheben. Beispielsweise werden bei der Vergebung des Abbruchs eines Hauses, wenn die Abbruchmaterialien in den Besitz des Käufers übergehen, unter der Annahme, daß für den Abbruch des Hauses 5000 M gezahlt und vom Käufer für das gewonnene Altmaterial 2520 M zu zahlen sind, folgende Stempelbeträge zu fordern sein:

A. Landesstempel.

$$\text{Allgemeiner Vertragstempel nach Tariffstelle 71}^2 \text{ zur Hälfte} = \frac{3,00}{2} = 1,50 \text{ M}$$

$$\text{Kaufstempel nach Tariffstelle 32 (1)}^c \text{ in darstellbarer Hälfte} = \frac{2520 \cdot 1}{100 \cdot 3 \cdot 2} = 4,50 \text{ M}$$

zusammen 6,00 M

B. Reichsstempel.

$$\text{Umsatzstempel nach Tariffstelle 10 von 2520 M für jede volle 100 M 10 Pf} = 2,50 \text{ M}$$

Der Stempel zu A ist auf dem Vertrage zu berechnen und zu entwerten, der zu B auf der dem Käufer zu erteilenden Quittung zu entwerten.

An alle Ämter, Bauabteilungen, Direktionsbüreaus, Kassen und Magazine. (1. II. 7./109. v. 21. 10. d. J.)

Nr. 193. Nebengebühren des Lokomotiv- und Zugbegleitpersonals.

Zur Behebung von Zweifeln weisen wir darauf hin, daß der in Ziffer 1 b Absatz 7 der Verfügung vom 30. Dezember 1915 21 II 12/328 (Amtsblatt S. 5) vorgesehene Zuschlag von 50 % für die Beförderung von Militärzügen in geschlossenen Verbänden ohne Rücksicht auf die Länge der Dienstsicht zu zahlen ist.

An die Ämter, Dienststellen und das Fahrpersonal des Bezirks (auschl. Schmalspurbahn), nachr. an die Direktionsbüreaus. (21. II. 11 a. v. 20. 10. d. J.)

Nr. 194. Einziehung von Kleiderschulden von ausgeschiedenen Hilfsunterbeamten.

In letzterer Zeit ist es mehrfach vorgekommen, daß Hilfsunterbeamte, die Mitglieder der Kleiderkasse sind, aus dem Eisenbahndienst ausgeschieden sind, ohne die Kleiderschuld getilgt zu haben. Hierzu rechnen auch die zum Heeresdienst einberufenen. Um die Kleiderkasse vor Verlusten zu schützen, weisen wir die Dienststellen nochmals auf die Beachtung der Vorbemerkung 6 zur Hebeliste über die Kleiderkassenbeiträge der Hilfsunterbeamten und auf die A.-Bl.-Verfügung 1912 Ifd. Nr. 256 letzter Absatz hin. Für etwaige unterlassene Einziehung dieser Kleiderschulden werden wir für die Folge die Dienststellenvorsteher stets haftbar machen.

An die Dienststellen, Ämter und Dienstbüreaus. (4. II. 58. v. 24. 10. d. J.)

Betriebs-Angelegenheiten.

Nr. 195. Anforderung der Hilfszüge und Hilfsgerätewagen.

Von dem Haltepunkt Olshau, der voraussichtlich am 7. November 1916 für den Personen-, Gepäck- und Expressgutverkehr eröffnet wird, sind im Bedarfsfalle folgende Hilfszüge und Hilfsgerätewagen anzufordern:

Der erste zweite Hilfszug		Der erste zweite Hilfsgerätewagen			
		der	bei der Auf- stellungsstation	des	bei der Auf- stellungsstation
Katibor	Kattowitz	Bw. Katibor	Katibor	B. A. Katibor	Katibor

Die Ergänzung der Anlage F der Ausführungsbestimmungen zu den Unfallmeldevorschriften (U. M. B.) ist hinter lfd. Nr. 157 unter Hinweis auf diese Verfügung handschriftlich vorzunehmen.

An die beteiligten Ämter, Dienststellen und Bediensteten. (21. III. 4/262. v. 18. 10. d. J.)

Nr. 196. Bahnamtliche Untersuchung neuerer bedeckter Güterwagen.

Bei bedeckten Güterwagen, die nach dem 31. März 1914 angeliefert sind, ist die Frist für die nächste (erstmalige) amtliche Untersuchung auf 1 Jahr 11 Monate nach der Inbetriebgabe bemessen, damit der Zustand ihrer Dacheindeckung vor Ablauf der 2 jährigen Gewährzeit festgestellt werden kann. Der Vermerk dieser nächsten Untersuchung ist gemäß § 4 Abs. 66 der „D.-B. über den Anstrich und die Bezeichnung der Wagen“ in roter Farbe am Langträger angeschrieben.

Diese Wagen fallen nicht unter diejenigen Fahrzeuge, deren Untersuchungsfrist um 6 Monate verlängert werden kann. Sie dürfen also nicht über die angeschriebene Untersuchungsfrist hinaus im Betriebe bleiben, sondern müssen zu der am Langträger angeschriebenen verkürzten Frist der Werkstätte zugeführt werden. Um unnötige Zuführungen zu verhindern, ist besonders auf das Fehlen der Werkstättenbezeichnung beim Untersuchungsvermerk zu achten (Abs. 65, letzter Satz des vorgen. §).

An die beteiligten Ämter, Dienststellen und Bediensteten. (23. V. 128./390. v. 25. 10. d. J.)

Werkstätten=Angelegenheiten.

Nr. 197. Verkehr mit verflüssigten oder verdichteten Gasen.

Es sind Zweifel darüber entstanden, ob die Polizeiverordnung über den Verkehr mit verflüssigten oder verdichteten Gasen (Sonderbeilage zum Amtsblatt der kgl. Regierung zu Oppeln Nr. 38 vom 19. September 1914), welche den Werkstätten- und Maschinenämtern mit Verfügung 23. V. 130/293. vom 3. August 1916 besonders zugegangen ist, auch auf die in der Dienstvorschrift Nr. 276 aufgeführten Gaskessel anzuwenden ist.

Für diese Gaskessel gelten die Bestimmungen der D. B. auch weiterhin.

Alle nicht darin aufgeführten, im öffentlichen Verkehr befindlichen Behälter für verflüssigte oder verdichtete Gase (Sauerstoff, Wasserstoff, gasförmige Kohlenäure) unterliegen jedoch der Polizeiverordnung im vollen Umfange.

An alle Werkstätten und Maschinenämter. (23. V. 130./335. v. 24. 10. d. J.)

Königliche Eisenbahndirektion.

